

Alle Werkanlagen nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20.
Inserions-Gebühr für den Raum einer sechsstelligen Zeile 1 1/2 Gr.

Das vierteljährliche Abonnement beträgt in Breslau 1 Rthl. 15 Gr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rthl. 24 Gr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zwei Feiertage.

Breslauer Zeitung.

N^o. 127. Donnerstag den 8. Mai 1851.

Telegraphische Nachrichten.

Hamburg, 6. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten.
Weizen, füllte. — Roggen, eher flauer. — Del 20 1/2, pr. Oktober 21.
(Die heute fälligen Depeschen aus Frankfurt a. M. und London sind noch nicht eingetroffen.) (Berl. Bl.)

Paris, 5. Mai, Abends 8 Uhr. Gerüchte sprechen von in Lyon stattgefundenen Unruhen. — In der Legislatur wurde durch Verständigung der legitimistischen und orleanistischen Partei Perceval zum Mitglied des Staatsraths ernannt. — Duprat bekämpfte die Deponirung einer Prorogations-Petition; dieselbe wird von dem Vorsitzenden einer Kommission überwiesen. — Paroche Jaquelin erklärte, daß er und seine Fraktion gegen die Revision der Verfassung stimmen werden, wenn nicht die Zurücknahme des Wahlgesetzes erfolge. — Im „Hôtel des Invalides“ wurde der Todestag des Kaisers Napoleon gefeiert. Der Präsident der Republik war auswesend.

London, 5. Mai. Saldaña, von den Aufständischen zurückgerufen, hält seinen feierlichen Einzug in Oporto. Das Ministerium tritt ab. Thomar flüchtet sich an Bord einer englischen Fregatte, Vigo.

Paris, 5. Mai, Nachmittags 5 Uhr. 3pEt. 55, 85, 5pEt. 90.

Turin, 2. Mai. Der Herzog und die Herzogin von Genua sind gestern nach Dresden abgereist. Der Abgeordnete Buoncampagni hat den Bericht über den neuen Gesetzesentwurf bezüglich der administrativen Organisation der Gemeinden und Provinzen vorgelegt.

Uebersicht.

Breslau, 7. Mai. In der gestrigen Sitzung der ersten Kammer schritt man über den Denzin-Heimlichkeits-Antrag zur Tagesordnung. Nachdem der Gesetz-Entwurf wegen Unfertigkeit und Ausgabe neuer Kassen-Anweisungen angenommen, folgte die Beratung des Berichtes über die Besteuerung der Bergwerke. — In der zweiten Kammer wurden ebenfalls zwei minder wichtige Gesetz-Vorlagen ohne Diskussion angenommen. Die Angelegenheit der oberösterreichischen Typhus-Anfälle erregte eine lebhafte Debatte.

Die heutige Berl. Korrespondenz spricht über die verschiedenen Ursachen der hinausgeschobenen Eröffnungstermine des Bundestages. Die Berliner Korrespondenz deutet kurz an, was wir von dem neuen Preßgesetz zu erwarten haben.

Die Berliner Post. Ztg. meldet: daß Dänemark als Antwort auf die kürzlich eingegangenen preussisch-österreichischen Noten ein Memorandum an alle deutschen Regierungen und an die Großmächte richten will, in welchem die Nothwendigkeit des jetzigen Verfahrens gegen Schleswig-Holstein nachgewiesen werden solle.

In Schleswig hat die gegenwärtige dänische Regierungsbehörde nicht mehr und nicht weniger als 100 evangelische Geistliche ihres Amtes entsetzt!

Der General Legebitzsch verspricht einer Deputation hamburger Kaufleute die strengste Untersuchung und eventuelle Bestrafung der neulich gemeldeten Gewaltthaten österreichischer Soldaten gegen einen hamburger Redakteur. — Die Auswanderung nach Amerika über Hamburg wächst ungeheuer.

Ueber die Wahlen und die Gesetz-Vorlagen für den Landtag in Württemberg geben wir unter Stuttgart einige weitere Notizen.

Eine Korrespondenz aus Thüringen verkündet, daß Österreich geübt habe und fügen werde. Es habe in Dresden bei den Konferenz-Kommissionen alle seine Anträge durchgesetzt und werde diese in Frankfurt a. M. zu verbindenden Beschlüssen erweitern. Nur in Bezug auf die Vollführung der beabsichtigten Handels- und Zollvereinigung müsse es langsam vorschreiten, und einstweilen versuchen, den Zollverein allmählig zu sprengen.

Hannoversche Blätter sind auch der Ansicht, daß die Zusammenkunft des Königs von Preußen mit dem Könige von Hannover dazu dienen werde, das freundschaftliche Verhältnis beider Höfe heraufzuheben und zu befestigen.

Auch das Verfassungs-Gesetz zu Paris am 4. Mai ist, gleich wie das schweizerische Bundesgesetz, durch den Regen geführt worden. Nichtsdestoweniger soll dabei viel Glanz und Pracht entwickelt worden sein. Die pariser Mittheilungen verbreiten sich noch des Weiteren über die revolutionären Buletins und deren Urheber. — Die legitimistischen haben sich wegen der Frage der Präsidialentscheidungen gespalten.

In London interessiert man sich immer lebhafter für Kossuth und seine Gefährten. Der bairische Lord-Mayor sprach die Hoffnung aus, Ein in den Dankschreiben veröffentlichtes Schreiben spricht von der Gefahr der Vergiftung, welcher die ungarischen Flüchtlinge in Rutabia ausgesetzt seien.

Preußen. Kammer-Verhandlungen.

Zweitsitzung Sitzung vom 6. Mai.
Eröffnung: 11 1/2 Uhr.
Präsident: Graf Wittberg.
Am Ministerium: v. d. Heydt, Simons, v. Raumer, v. Carnall.
v. Westphalen und Regierungskommissar geb. Ober-Vergrath

Ueber verschiedene Petitionen wird von der Kommission für Prüfung der Entwürfe der Gebührenarten und für Beratung des Denzin-Heimlichkeits-Antrages Tagesordnung vorgeschlagen und von der Kammer angenommen. Dasselbe geschieht in Bezug auf einige Petitionen hinsichtlich der Kriegsteilnahmen und deren Vergütung.

Der Gesetz-Entwurf wegen Unfertigkeit und Ausgabe neuer Kassen-Anweisungen wird nach den Beschlüssen der zweiten Kammer gleichfalls angenommen.

Vor der Verpfändung der zur Staatsschulden-Kommission gewählten Mitglieder Abg. Knoblauch und Möwes wird ein Schreiben des ersten verlesen, in welchem er sich die Niederlegung seines Mandates vorbehält, falls die Bedenken, welche die früheren Mitglieder geäußert, nicht beseitigt wären. Die Vereidigung wird dann vorgenommen.

Es wird die Beratung des Berichtes über die Besteuerung der Bergwerke vorgenommen. Abg. Karsten spricht sich in ausführlicher Rede dahin aus, daß der Gesetzentwurf nicht nach finanziellen, sondern nach staatswirtschaftlichen und national-ökonomischen Rücksichten betrachtet werden müsse. Degenkolb befürwortet den Gesetzentwurf in einer längeren Rede, die er unter großer Unaufmerksamkeit der Kammer abliest. Graf Helldorf erklärt sich gegen, Jacobs für das Gesetz. — Der Handelsminister bemerkt, das Gesetz sei von den Produzenten längst begehrt; es werde die Produktion sich erhöhen, und dadurch für den Staat kein Ausfall zu fürchten sein. Insbesondere werde eine billigere Eisenproduktion allen Klassen zu Gute kommen. — Strohn spricht für § 1 als die Basis des ganzen Gesetzes und weist ausführlich dessen Bedeutung und Nothwendigkeit nach. Die §§ 1—12 werden unverändert angenommen. Zu § 13 wird vom Abg. Graf Jech zu Gunsten der Mannfelder Gewerkschaften, welche mit dem Staate in einem Rechtsverhältnisse befangen sind, ein Amendement gestellt. — Rißler will eine ähnliche Erklärung in das Protokoll aufgenommen sehen, für welche aber die Geschäfts-Ordnung keine Form darbietet. Das Amendement wird abgelehnt und die §§ 14, 15 angenommen.

(Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung morgen 11 Uhr.)

Zweite Kammer.

Dreizehnsitzung Sitzung vom 6. Mai.
Präsident: Graf v. Schwerin.
Eröffnung: nach 11 Uhr.

Mehrere Abgeordnete reklamiren wegen rückständiger Berichte über Petitionen, v. Kleist-Werkow namentlich in Betreff der Petitionen, welche die Eröffnung der Kammerungen mit Gebet beantragen. Die Gesetze über die Verhältnisse der Bergwerke-Mittelgehaltener und über die Pensionirung der Veteranen von 1815 werden ohne Diskussion angenommen. Die Angelegenheit der oberösterreichischen Typhus-Anfälle veranlaßt eine lebhafte Debatte. Die Abg. Reichensperger, Gorzoka, Stabewski, Jarek treten dem von der Kommission beschworbenen Organisationsplane der zu gründenden Erziehungsanstalten aus kirchlichen und nationalen Gesichtspunkten entgegen. v. Winke stellt ein Amendement zu dem Gesetz, welches der Verwaltung die Pflicht zur Rechnungsablegung auferlegt. Mit diesem Antrage wird das Gesetz angenommen. Zu dem Gesetzentwurf wegen Abwicklung der Schulden des ehemaligen Freistaates Danzig veranlaßt ein Antrag, den geforderten Kredit um etwa eine halbe Million Thaler zu ermäßigen, eine längere Diskussion. Der Antrag wird von Camphausen und v. Padowa vertheidigt. Der Finanzminister räumt ein, daß die Regierung auch mit dem reduzierten Betrage ausreichen würde, aber er hält die Reduktion gleichwohl nicht für statthaft. Der Antrag wird jedoch mit 134 gegen 116 abgelehnt und der Kredit nach der Vorlage bewilligt.

Schließlich überreicht der Finanzminister eine Denkschrift über die Grundsteuer-Ausgleichung und die Ausführung des Gesetzes vom 24. Januar v. J., worauf die Sitzung mit wiederholter Beschlusnahme über das gestern zu Ende berathene Preßgesetz geschlossen wird. (3 1/2 Uhr.)

Berlin, 6. Mai. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht dem evangelischen Pfarrer Kuge zu Kassar, Regierungsbekleidet Frankfurt a. D., den rothen Adlerorden vierter Klasse, dem Sekonde-Lieutenant a. D., vormaligen Wachmeister von der Gendarmen, Johann Gottlob Strauß, und dem Fabrikmeister Peter Kläsch zu Sterkrade, im Kreise Duisburg das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen, sowie den Pfarrer Richter in Neumark zum Superintendenten der Diözese Kolbatz; und den Pfarrer Stöfel in Kügelwalde zum Superintendenten der dortigen Diözese zu ernennen.

Das erste Stück der Gesessammlung enthält unter Nr. 3378 das Gesetz, betreffend die Zulage zu der Verordnung vom 2. Januar 1849 über die Aufhebung der Privat-Gerichtsbarkeit und des erimierten Gerichtsstandes, sowie über die andere Organisation der Gerichte. Vom 26. April 1851; unter Nr. 3379 das Gesetz über die Gerichts-Organisation, das mündliche und öffentliche Verfahren mit Geschworenen in Untersuchungs- und Strafverfahren in Civilprossen in den Fürstenthümern Hohenzollern-Regen und Hohenzollern-Sigmaringen. Vom 30. April 1851, und unter Nr. 3380 das Gesetz, die Auflösung der Darlehnskassen und die Verrechnung der unverzinsten Staatsschuld betreffend. Vom 30. April 1851.

Angekommen: Der General-Major und Kommandeur der 1sten Kavallerie-Brigade, v. Kapfeng, von Köln.

Berlin, 6. Mai. Die Verlängerung des Eröffnungstermins des Bundestages vom 12. auf dem 15. oder 25. d. M., die aus unterrichteten Mittheilungen hervorgeht, hängt mit den bestimmten Entschlüssen zusammen, welche jetzt in Wien hinsichtlich der Beendigung der Dresdener Konferenz gefaßt worden sind. Österreich ist in seiner Diplomatie zu stolz, um resultativ von einer Stufe zur andern überzuspringen; es will auch beim Abzuge von Dresden wenigstens scheinbar zeigen, daß einige neue Triumphe in seinen Händen geblieben sind. Es wird deshalb jedenfalls eine feierliche Schluß-Konferenz in Dresden gegen Mitte d. M. stattfinden, zu der die kürzlich an alle deutsche Kabinete abgegangene österreichische Circularnote bereits einige sehr dringende Fragen in Anregung gebracht hat, die dort noch ihre Erledigung finden und den Uebergang zu den Verhandlungen in Frankfurt erleichtern oder im

*) Aus der gestrigen Sitzung tragen wir nach, daß die Kammer ohne vorhergegangene Debatte die Dringlichkeit des Gesetzes der Verordnung vom 30. Juni 1849, nicht aber auch der Verordnung vom 5. Juni 1850 anerkennt. 120 Abgeordnete haben für und 126 gegen die Anerkennung der Dringlichkeit der Verordnung vom 5. Juni 1850 gestimmt. — Das Resultat ist durch Zählung ermittelt.

österreichischen Interesse sichern sollen. Die Hauptfrage wird dabei die über Majoritäts- oder Einheitsentscheidungen auf dem Bundestage sein. Für die preussische Regierung scheint es gerade in dem Augenblicke, wo sie den alten Bundestag wieder bezieht, noch ein besonderer Trost, daß dort in den Grundamentalfragen, auf die es zunächst ankommen wird, an den Einheitsentscheidungen festgehalten werden muß. Mit dieser höchst formellen Waffe glaubt man die Position Preußens gegen Österreich im deutschen Bunde noch immer wahren und stützen zu können. Es wird dabei hier vergessen, daß Preußen schon in der kühnsten Angelegenheit, sobald es sich zur Mitentscheidung in derselben im Sinne der Olmüger Konvention entschlossen, schon einen bundestaglichen Majoritätsbeschluß zur Ausführung bringen half. Das österreichische Kabinett hat dies aber keineswegs vergessen, und wird auch jetzt in geeigneter Weise an diesen Präcedensfall anknüpfen wissen. Ueberhaupt wird es sehr darauf ankommen, wie man diese Wiedereröffnung des Frankfurter Bundestages auffassen wird: ob in der That als eine Wiedereröffnung, wodurch die in Frankfurt bis jetzt schon vertretenen Regierungen erst jetzt durch den Zutritt Preußens das Anrecht gewonnen hätten, sich als Bundestag konstituirt zu sehen, oder bloß als vervollständigte Fortsetzung der bis dahin schon gepflogenen Verhandlungen. Im letzteren Falle wird es so angesehen werden, als ob Preußen und seine Verbündeten jetzt nachträglich der Aufforderung zur Beschickung des Bundestages, welche Österreich im vorigen Jahre in seiner Eigenschaft als deutsche Präsidialmacht erteilt, Folge geleistet hätten. Preußen würde dann in aller Stille und Geräuschlosigkeit, und ohne daß im geringsten der Gelat einer Thatfache dabei herauskäme, sein Erscheinen im Frankfurter Bundestags-Palais vollbringen. Diese letztere Auffassung wird von dem österreichischen Kabinett getragen und betrieben, und entspricht natürlich einzig und allein allen Voraussetzungen und Plänen derselben. Preußen hat diesen Standpunkt eigentlich schon seit den Olmüger Verhandlungen stillschweigend zugestanden, und obwohl sein jetziges Zurücktreten auf den Bundestag wie eine neue Phase der preussischen Politik und wie ein neuer Widerstandsbefehl gegen Österreich ausfallen sollte, so war doch am Ende nichts Anderes als eine unvermeidliche Konsequenz der Olmüger Politik darin ausgesprochen. In diesem Sinne hat auch Österreich lediglich den neuen Plan Preußens aufgenommen und gutgeheißen, und in diesem Sinne erwartet es Preußen, lediglich zur Fortsetzung des bisherigen Verhandlungsspiels, auf dem Terrain des Frankfurter Bundestages. Je länger dieser Termin hingenommen wird, um so mehr verliert der Schritt Preußens an jeder thatsächlichen Bedeutung. Dadurch sind die Verzögerungen zu erklären, die namentlich durch den Antrag Österreichs, der Konferenz in Dresden einen bestimmten Abschluß mit bestimmten Erklärungen zu geben, herbeigeführt worden sind. Eine abermalige persönliche Zusammenkunft der beiden Minister-Präsidenten Österreichs und Preußens in Dresden, um dort einen möglichen effektvollen Abschluß herbeizuführen, gehört nur zum Luxus dieser österreichischen Verzögerungs-Politik. Das preussische Ministerium wird in Frankfurt noch schwächer dastehen, als in Olmütz und Warschau!

§§ Berlin, 6. Mai. [Die Hoffnungen, die man in Beziehung auf das Preßgesetz auf die zweite Kammer gesetzt hatte, haben sich nicht bestätigt.] Die wichtigsten Änderungen, welche die Kommission in den Beschlüssen der ersten Kammer zu Gunsten der freien Presse gemacht, sind im Plenum verworfen worden und haben Wohlgeschwundene Amendements die Beschlüsse der ersten Kammer wiederhergestellt. Besonders hart werden die Buchhändler und Buchdrucker durch das neue Gesetz betroffen. Die Verbindung der „Unbescholtenheit“, von welcher künftig der Betrieb der Gewerbe abhängig gemacht wird, ist in den Händen der Polizei eine Waffe, mittelst deren politisch Mißliebigen der Gewerbebetrieb leicht dorthin verbannt werden kann. Die Bestimmung des § 6, wonach von jeder Druckschiff 24 Stunden vor der Ausgabe ein Exemplar bei der Polizei hinterlegt werden muß, ist noch schlimmer als die Präventiv-Censur. Denn unter der Censur war der Buchhändler doch gegen Beschlagnahme gesichert, wenn der Censor die Schrift gelesen hatte. Jetzt läuft der Verleger Gefahr, den Erfolg seines Unternehmens durch eine willkürliche Beschlagnahme gefährdet zu sehen. Der fatale Streich insofern, der gegen die Presse geführt werden konnte, ist die Bestimmung, daß nur die eigentlichen Presseverbrechen zur Entscheidung durch die Geschworenen gelangen sollen. Faktisch sind damit die meisten durch die Presse begangenen strafbaren Handlungen der Kompetenz der Geschworenen entzogen. Man hat zwar scheinbar die Kompetenz der Geschworenen für Presseverbrechen erweitern wollen, indem man nicht nach Analogie des allgemeinen Strafrechts die mit einer höheren als 3jährigen Freiheitsstrafe, sondern schon die mit einer höheren als 3jährigen Freiheitsstrafe bedrohten Handlungen zu Presseverbrechen stempelt. Es ist dies aber, wie gesagt, nur eine scheinbare Concession; denn die Fälle, wo eine durch die Presse begangene Handlung durch eine mehr als 3jährige Gefängnißstrafe geahndet wird, gehören wohl zu den Seltenheiten. Nicht zu übersehen ist auch die Bestimmung wegen des Gerichtsstandes. Danach nämlich kann das gerichtliche Verfahren gegen eine Druckschrift auch bei demjenigen Gerichte eingeleitet werden, in dessen Bezirke die Beschlagnahme ausgeführt ist. Es genügt daher, daß im Laufe des Jahres Nummern einer Zeitung in verschiedenen Theilen der Monarchie mit Beschlagnahme belegt werden, um die Zeitung dadurch zu Grunde zu richten, daß ihr der an die verschiedenen Gerichte citirte Redakteur entzogen wird. Die Postbesitzentziehung, die schon von der ersten Kammer gestrichen wurde, ist freilich auch von der zweiten Kammer nicht mit in das Gesetz aufgenommen worden. Allein es ist schon früher bemerkt worden, daß die Regierung sich nicht abhalten lassen wird, dieselbe künftig auf administrativem Wege zu verfügen. — Die „Neue Preuss. Zeitung“ führt heute Abend eine sehr kriegerische Sprache gegen Dänemark. Man sollte nach dieser Sprache glauben, daß Preußen und Österreich diesmal bei ihren gewiß sehr bescheidenen Forderungen den dänischen Anmaßungen gegenüber beharren würden. Leider sind wir bisher nur gewohnt, in diesem Blatte den Wiederhall offizieller Anschauung zu sehen, wenn es galt, patriotische Hoffnungen herabzupumpen. Die wenigen Male, wo darin energische Intentionen verkündet wurden, wies es sich in der Folge als

schlecht unterrichtet aus. Auch diesmal liegt uns die letzte Vermuthung wieder sehr nahe.

Berlin, 6. Mai. [Tagesbericht.] Der „B.-Z.“ zufolge beabsichtigt man jetzt dänischerseits als Antwort auf die beiden Noten Österreichs und Preußens, von denen wir berichtet haben, ein Memorandum an sämtliche deutsche Regierungen, sowie an die vornehmsten auswärtigen Kabinette abzugeben, in welchem vom Standpunkte der in Dänemark zur Geltung gekommenen Gesamtsaats-Dee aus es sich bemüht, die Nothwendigkeit seines bisherigen Verfahrens, sowie der Ausführung seiner weiter beabsichtigten Schritte in Betreff der Herzogthümer zu beweisen. Zur Uebergabe des Memorandums soll Dänemark die Eröffnung des Bundestages abzuwarten beabsichtigen, wie es denn überhaupt beabsichtigt ist, die Unterhandlungen in Betreff Holsteins am Bundestage, anstatt mit den beiden Kommissarien, fortzuführen.

In der „Befers-Zeitung“ wurde kürzlich ausführlich erzählt, daß und in welcher Weise die Frau Prinzessin von Preußen die Absicht des österreichischen Vice-Gouverneurs in Mainz vereitelt habe, dem Prinzen zu dessen Geburtstag persönlich Glück zu wünschen. Die „Ep. Ztg.“ versichert heute „aus sicherer Quelle“, daß die Prinzessin von Preußen bei dem entstellten wiedergegebenen Vorfall auch nicht im Entferntesten theilhaftig, und daß überhaupt nichts vorgefallen, wodurch irgendwie dem österreichischen Gouvernement Veranlassung zu einer Beschwerde über verlegte Rücksichten der Konvention hätte gegeben werden können.

Seine Majestät der König gedachten heute Nachmittag um 5 Uhr mit der Eisenbahn in Spandau einzutreffen und sich mit Allerhöchstem Gaste, dem Könige von Hannover, nach Charlottenburg zu begeben.

Die Rathskammer hat die Beschlagnahme der Schrift: „Die Monate auswärtiger Politik“ genehmigt, und wird sonach die Untersuchung gegen den Verleger derselben, Hrn. Dr. Reit, nächstens eingeleitet werden. (Pr. Z.)

Der geheime Regierungsrath v. Werder, bisher zu Magdeburg, ist zum Ober-Regierungsrath ernannt worden. Der Ober-Regierungsrath v. Kamps aus Merseburg wird nach Königsberg versetzt werden. (M. Pr. Z.)

Die zwischen den Kammern in Betreff des Gesetzentwurfs über den Belagerungszustand noch bestehenden Differenzen sucht die Kommission der zweiten Kammer bereitwillig auszugleichen, indem sie die Beschlüsse der ersten Kammer durchweg zur Annahme empfiehlt.

Die erste Kammer wird ihre Sitzungen am Freitag mit Beratung des Preßgesetzes, wie es von der zweiten Kammer angenommen ist, zum Schluß bringen. (Nat.-Z.)

Magdeburg, 3. Mai. In der heutigen Schwurgerichtssitzung hat der Gerichtshof in der Untersuchung gegen Dr. Löwe aus Kalbe in contumaciam ihn des Hochverrats für nicht schuldig erklärt. (M. Pr. Z.)

Koblenz, 3. Mai. Ihre königl. Hoheit die Prinzessin von Preußen wird am 24. d. M. schon hier zurück erwartet, wozu Se. k. H. der Prinz von Preußen sich nach Berlin begeben wird, um der Enthüllung des Denkmals Friedrichs des Großen beizuwohnen. — Zwei Prinzen von Lippe-Detmold, Hermann und Alexander, verweilen gegenwärtig hier, um militärische Studien zu machen. (Pr. Ztg.)

Deutschland.

Frankfurt, 4. Mai. [Tagesneuigkeiten.] Graf Thun hat sich in Begleitung seiner Gemahlin heute Vormittag wieder zu den Festlichkeiten nach Wiesbaden begeben. — Der k. preussische Gesandte, Herr v. Nothow, wird bis zur Mitte dieser Woche im Bundespalais erwartet. — Als k. bairischer Bevollmächtigter wird Hr. Dönigges hier eintreffen. (F. Z.)

Aus Thüringen, 5. Mai. [Österreich siegt.] Ein Theil unserer Bevollmächtigten ist von Dresden zurückgekehrt, und wird aber binnen Kurzem wieder dorthin sich begeben, um dem bevorstehenden Schluß der Konferenzen beizuwohnen. Nach ihren Andeutungen wäre Österreich nichts weniger als unzufrieden mit dem Ergebnis der dortigen Beratungen, da es in allen Kommissionen seine Ansichten durchgesetzt. So habe sich die erste für die von ihm gewünschte Organisation der Bundesbehörden und den Eintritt seiner Gesamtsaats, die zweite für eine große Kompetenz der vollziehenden Behörde, und die dritte für eine Annäherung der drei Handlsgruppen durch Herabsetzung der Zölle ausgesprochen. Diese Vorschläge würden dann auch die Grundlagen bei den Beratungen der Bundesversammlung bilden, und Fürst Schwarzenberg beim Schluß der Konferenzen sich gewiß nicht nehmen lassen, den Kollegen zuzurufen: die Ministerialkonferenzen haben vollkommen den Erwartungen entsprochen, welche man von ihnen hegte. Inzwischen könne Österreich sich des Sieges freuen, denn es in Dresden durch den Zufall mehrerer kleiner Staaten und namentlich Braunschweigs und Nassaus erlangt, und der ihm auch in dem engern Rathe der Bundesversammlung die Majorität sichere, und werde es seine Thätigkeit in Frankfurt a. M. vorläufig darauf beschränken, durch ein Entgegenkommen an die Wünsche der übrigen Kleinstaaten, namentlich hinsichtlich einer größeren Kompetenz des Plenums, dieselben in nicht langer Zeit gleichfalls für die von ihm gewünschte Reorganisation der Bundesverwaltung zu gewinnen. In Preußen würde es aber einen entschieden Gegner gar nicht haben, sondern die Tendenzpolitik seiner gegenwärtigen Regierung die Kräftigung des obersten Bundesorgans durch Einrichtungen, welche dasselbe für die Zukunft befähigen, den Furchten der Revolution einen Damm zu setzen, als ihre heiligste Pflicht erkennen, der auch die Parität und andere Ehrenansprüche nachstehen, und welche selbst die Einwirkung des Bundes auf die Einzelverfassungen als unerlässlich und auch unbedingt erscheinen lassen müsse, da dieselbe gewiß nur zum Schutze des monarchischen Prinzips angewandt werden würde. — Nur in Betreff seiner Zoll- und Handels-Einigungen Bestrebungen dürfte Österreich an Preußen einen Gegner finden, insofern dadurch der preussische Zollverein berührt würde. Da dieses aber vorläufig nicht von ihm geschieht, sondern hier die österreichischen Agitationen dahin gehen, die Entscheidung über die materiellen Fragen in die Hände der Bundesversammlung zu

bringen und die dem preussischen Zollverein angehörenden Staaten nach, und nach von demselben abzuweichen, so dürfte auch hier der endliche Sieg Oesterreichs nicht zu bezweifeln sein. (Nat. 5.)

Stuttgart, 4. Mai. [Die Wahlen] sind jetzt sämtlich mit sehr wenigen Ausnahmen vollzogen, und es läßt sich schon ein Ueberblick über die Parteistellung in der Ständeverammlung geben. Bis auf 26 Mitglieder, deren politische Gesinnung nur nach den von ihnen bei der Wahl abgelegten politischen Glaubensbekenntnissen zu bemessen ist, haben die Gewählten schon in früheren Ständeverfassungen ihre politische Gesinnung dokumentiert. Die Partei der Demokraten ist sehr zusammengeschnitten, und man kann ihre Zahl auf nicht mehr als 19 angeben. Die größere Menge des Landtags wird aus Liberal-Konservativen bestehen, welche die Bestimmungen in ihrer Hand haben und mit dem Ministerium gehen werden, wenn dieses ihren Ansichten nicht gänzlich entgegensteht. — Durch Ministerialauschreiben sind die Gesetzesvorlagen bezeichnet, welche der Ständeverammlung vorgelegt werden sollen. Die Vorlage eines revidierten Verfassungsentwurfes war in demselben nur dann, verheißt, wenn von Seiten der Versammlung darauf angetragen würde, jedoch soll das Ministerium sich jetzt mit der Revision der Verfassung beschäftigen und die Absicht haben, eine desfallsige Vorlage zu machen. Als Grund für eine Aussetzung der Verfassungsrevision war von dem Ministerium das Abwarten der Ordnung der deutschen Verhältnisse angegeben. Mit der Rückkehr zum Bundestage glaubt es aber auf weitere Entwicklungen nicht harren zu dürfen.

München, 3. Mai. [Die Kammern] beilen sich, die wichtigsten Gesetzesvorlagen zur Beratung zu bringen, weil allgemein angenommen wird, daß im Juni eine Vertagung der Kammern eintreten werde, und weil es zweckmäßig erscheint, die wichtigsten Arbeiten vorher gethan zu haben.

Hannover, 5. Mai. [Verschiedenes.] Das Gerücht, daß die Hausfuchung des Bürgermeisters Stech, Herausgebers der demokratischen Arbeiterhalle, auf Antrieb der preussischen Gendarmen verhaftet sei, scheint begründet zu sein. — Auch die Bremer Ritterschast hat nunmehr einen permanenten Ausschuss behufs Wahrung der landesherrlichen Rechte zu Stande niedergesetzt. Die Senäbrücke Ritterschast hat sich den in Celle verarbeiteten Maßregeln angeschlossen.

Die Reise nach Ludwigslust, welche der König angetreten hat, wird ihn dort mit dem Könige von Preußen zusammenführen. Diese Begegnung, die unter der Verwaltung des weißen Stils unmöglich gewesen wäre, kann jetzt nach der Beseitigung des bei den Häuten herbeigekommenen Zerwürfnisses beiden Monarchen nur erfreulich sein; und wenn sie auch der Politik völlig fremd ist, so ist doch zu hoffen, daß sie dazu beitragen wird, das wieder angeknüpfte Band der alten Freundschaft zu befestigen. Die Wiederherstellung des freundschaftlichen Verhältnisses mit Preußen ist das größte Verdienst, welches das gegenwärtige Ministerium sich erworben hat; denn daß Hannovers Interessen, wenn auch nicht in Berlin, doch eben so wenig in Wien oder gar in München liegen, muß Jedermann begreifen, der mit seiner politischen Einsicht nicht um ein halbes Jahrhundert zurück ist. (Hann. Bl.)

Hamburg, 5. Mai. [Deputation. — Auswanderung.] Am Sonnabend verfügten sich mehrere Deputationen von geachteten hiesigen Kaufleuten sowohl zum General-Feldmarschall v. Leubnitz nach Altona, als zum Polizeiherrn Götter hieselbst, und baten um eine strenge Untersuchung über das gegen Hrn. Mare begangene Verbrechen. Hr. v. Leubnitz nahm die Deputation sehr freundlich auf, versicherte ihr, daß die strengste Untersuchung und eventuelle Bestrafung erfolgen solle, gab aber dabei sein Bestreben zu erkennen, daß ihm seitens unserer Behörde noch keine amtliche Anzeige dieses Vorfalls geworden ist. Der Polizeiherr Götter gab eine weniger zufriedenstellende Antwort, der bei ihm vorgewiesenen Deputation, und wenn er auch seine Ansicht dahin aussprach, daß er es für höchst notwendig erachte, daß dies Verbrechen geahndet werden müsse, so lehnte er jedoch jede weitere Mittheilung über den Stand der Untersuchung, so weit sie eingeleitet ist, ab.

Der Andrang zur Auswanderung nach Amerika ist in diesem Jahre so groß, daß es unseren Redaktern, wenn es so fortgeht, an Transportschiffen gebrächen dürfte. Es kommt fast kein Zug von Berlin, der nicht zahlreiche Auswanderer mitbringt, und nicht nur aus fast allen Theilen Deutschlands, sondern selbst aus der Schweiz. (Pr. 3.)

Altona, 5. Mai. Die „Hamburger Nachrichten“ bringen die Namen von 100 evangelischen Geistlichen, welche in dem Herzogthum Schleswig, wo sich gegen 200 Prediger befinden, ihres Amtes entsetzt sind. Ueber 70 dieser Prediger sind verheirathet. Außerdem werden 162 abgesetzte Beamte in Schleswig namentlich angeführt. Darunter befinden sich 88 Justiz-Beamte. (Pr. 3.)

Oesterreich.

Wien, 5. Mai. [Die Mission des Grafen von Plessen. — Frau von Bohn.] Die Mission des Grafen v. Plessen am hiesigen Hof bezieht sich weniger auf eine definitive Ordnung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit, als vielmehr darauf, diese Angelegenheit auf einem europäischen Kongress zur Entscheidung zu bringen und auf diese Art die alleinige Kompetenz des deutschen Bundes zu befestigen, was besonders von Rußland mit dem größten Eifer betrieben wird. Die Stellung von Oesterreich und Preußen als deutsche Großmächte legt ihnen zu viele Rücksichten für die öffentliche Meinung in Deutschland auf, als die dänische Politik in ihrem Interesse billigen möchte, und wie wenig auch die Rücksichten der in Wien und Berlin besetzten Staatskassen den Wünschen der Nation entsprechen mag, für die ultradänischen Bestrebungen ist sie immerhin ein Hemmschuh, der nur durch das Forum eines europäischen Kongresses mit Zugrundelegung des Londoner Protokolls gehoben werden kann. Die dynastische Politik Dänemarks, welche im Petersburger Kabinett ihre feste Stütze hat, strebt die Gründung einer dänischen Erbmonarchie an, und ist dagegen geneigt, Oesterreich durch einen Eintritt mit allen Provinzen in den deutschen Bund einen Gefallen zu erweisen, da mit diesem Eintritt Dänemark in den deutschen Staatenverband nicht bloß der Eintritt von Gesamt-Oesterreich erleichtert würde, sondern zugleich der Lieblingsgedanke der österreichischen Politik, die Gründung eines mitteleuropäischen Staatenbundes auf den Trümmern Deutschlands, einen mächtigen Vorprung gewänne. Auch mit den Niederlanden sollen in dieser Hinsicht bedeutsame Unterhandlungen angeknüpft sein, wobei es um Lösung des zwitterhaften Zustandes sich handeln soll, in dem bis jetzt der Hof im Haag durch die Stellung von Luxemburg und Lüttich zum deutschen Staatswesen steht. Auch hier soll es auf eine definitive Kostrennung der genannten Bundesgebiete, oder den Eintritt des gesammten Königreichs der Niederlande in den deutschen Bund abgesehen sein. — Die Frau v. Bohn, Besitzerin des Schlosses Vilagos, in dem die bevorstehende Kapitulation zwischen den Russen und Magyaren stattfand, welche das Schicksal Ungarns entschied, und eine Schwester des künftigen Reichsraths ernannten Szegedy, ist hier angekommen, um sich mit der Einrichtung der Säuglingsbewahranstalten (erhebe) bekannt zu machen, die sie in Ungarn patronisiren will; in Wahrheit aber führt diese in der Reihe der Altkonservativen eine Rolle spielende Dame ein politisches Motiv hierher, indem die Krisis in den Regierungskreisen gleichzeitig mit der Katastrophe in Frankreich sich entscheiden wird.

N. B. Wien, 6. Mai. [Tagesbericht.] Die Wiener Zeitung bringt heute offiziell die Ernennungen des FML. Fürsten v. Schwarzenberg zum Civil- und Militär-Gouverneur von Siebenbürgen, und die des Ministerialraths und bisherigen bevollmächtigten Kommissar für die Civil-Angelegenheiten in Siebenbürgen, Eduard Bach, (Bruder des Ministers) zum Statthalter von Ober-Oesterreich. Der bisherige Statthalter Dr. Fischer wurde auf sein Verlangen seiner Stelle entbunden und wird im Ministerium des Innern verwendet. — Für morgen den 7ten sind die Banquiers Rothschild und Sina zum Kaiser berufen, um in Gegenwart des Finanzministers ihre Ansichten und Maßregeln zur Verbesserung der Valuta anzugeben. — Der preuß. Gesandte Graf Arnim hatte bereits mehrere Besprechungen mit dem Minister-Präsidenten und wird morgen in einer Audienz dem Kaiser sein Beglaubigungsschreiben überreichen. — Es wird nun doch für bestimmt versichert, daß Fürst Schwarzenberg sich zur Schlussung der Dresdener Konferenz begeben werde. — Man spricht davon, daß der Fürst Schwarzenberg bei Eröffnung der Frankfurter Bundestagssitzungen darauf bestehen werde, den Bundestag nach Wien zu verlegen. — Ein hervorragendes Mitglied des Reichsraths soll sich gegen jede weitere Publikation einer Ordemanz erklärt haben, wenn nicht früher die Finanzverhältnisse geordnet und der Belagerungszustand nicht aufgehoben wäre. Auch verlangt das Reichsrathsmitglied eine Erklärung vom Ministerium, in welcher Weise dasselbe glaube, die Charta vom 4. März auszu- und durchzuführen. Vielfache Anzeichen deuten darauf hin, daß hinter diesen Forderungen die altmodische politische Partei steht.

Das neue Börsengesetz wird nächsten veröffentlicht. Personen, welche wegen Verbrechen und Gehaltsübertretungen bestraft wurden, dürfen ebenso wenig wie Skribatoren, die Börsen besuchen. Solche, welche Börsengeschäfte abschließen, die aber auf sie fallende Verluste nicht tragen wollen oder können, sind zeitweilig vom Börsenbesuche ausgeschlossen. Die Börsengeschäfte werden genau beaufsichtigt. Eine Börsenkammer wird als Schiedsgericht aufgestellt. Der neue Entwurf weicht übrigens nicht wesentlich von dem bisherigen Börsengesetz ab und wird nur den bis jetzt beschränkt gewissen Besuch der Börsen sehr erleichtern.

Ungarische Reichsräthe. — Hr. Müller (r.) Die „Presb. Ztg.“ meldet: Einer brieflichen Mittheilung aus Wien zufolge sollen zu Reichsräthen für das Kronland Ungarn die Grafen Johann Cziráky, Emil Desewy und Michael Bay bestimmt sein und diese ihnen angetragene Stellung anzunehmen sich bereit erklärt haben. Deak hat ablehnend geantwortet.

Gefessenen wurden in Preßburg die sterblichen Ueberreste eines tapferen Kämpfers und patriotischen Helden, des Andreas Hofers, des seit lange dort in tiefer Zurückgezogenheit lebenden Schriftstellers, ehem. Majors und Kommandanten der vorantigen Preßburger, zu Grabe getragen. [Ueber die diplomatischen Verhandlungen], welche nach dem Turiner Korrespondenten der Times in Florenz zwischen den dort residirenden englischen, französischen und österreichischen Bevollmächtigten bezüglich der Räumung Mittelitaliens stattgefunden hätten, berichtet ein Wiener Korrespondent des S. B. L. a. B. Folgendes: „Es ist allerdings wahr, daß vor einigen Monaten einige diesen Gegenstand berührende Vorstellungen von dem Kabinett zu St. James dem hiesigen gemacht worden sind, aber keineswegs über Florenz. Kann es doch auch nicht anders sein, da die Herren Schell, Montefary und Baron Sigel als Agenten ihrer respektiven Regierungen sich niemals ohne bestimmte und spezielle Instruktionen auf eine Besprechung dieser Angelegenheit einlassen könnten. Dem englischen Kabinett wurde auf seine Vorstellung von hier aus geantwortet, daß die Dekupation Toskanas durch die österreichischen Truppen in einem zwischen beiden Regierungen freiwillig geschlossenen und allenfalls veröffentlichten Vertrag begründet sei, der nur durch eine der kontrahirenden Parteien gehoben werden könne. Die mit Oesterreichs Zustimmung ausgeführte Dekupation Roms durch die Franzosen findet bei unserer Regierung um so weniger Anstand, als man glaubt, daß es vereinter Kräfte bedürfe, um im römischen Staat Ruhe und Ordnung zu erhalten. Die französische Regierung hat so viel ich weiß auch keine direkten Vorschläge über die beiderseitige Räumung Mittelitaliens unsern Kabinett eingeschickt. Die Verhältnisse zur Zeit der Besetzung Anconas durch die Franzosen im Jahre 1832 sind auch ganz andere gewesen, für Oesterreich sowohl wie für Frankreich. In diesem Moment handelt es sich nicht darum, wer von den beiden Mächten in Italien präponderire, sondern es handelt sich gegenseitig um ein gemeinschaftliches energisches Einschreiten gegen die Revolution. Endlich möge Frankreich verfahren wie es wollte, Oesterreich wird seinen Verurs in Italien folgen und ich glaube versichern zu können, daß im Falle des Abmarsches der Franzosen, Rom durch die österr. Truppen besetzt werden würde.“

Frankreich.

Paris, 4. Mai. [Das Jahresfest der Republik] ist vorüber und ohne Störung vorübergegangen, wie sich jeder Vernünftige vorausgesetzt hat. Ob hierzu der in Strömen fallende Regen, in Paris das sicherste Abwehrgemittel jeder Emeute, dazu beigetragen hat, die Ruhe aufrecht zu erhalten, lassen wir dahingestellt sein, mindestens hinderte er die Bevölkerung nicht, massenweise nach den eiseisernen Geldern, dem Schauplatz der offiziellen Lustbarkeiten, zu wandern.

Auch löschten, Dank der Kunst des Feuerwerkers, die Regengüsse das Feuerwerk nicht aus, und der Effekt des Meerestotes, auf einer ungeheuren, von vier gigantischen Meeresroffen getragenen Mäusel stehend, den Dreisack in der Hand, war wirklich überraschend, selbst in Paris, wo man an die brillantesten Effekte der Feuerwerkerei gewöhnt ist. Doch erlassen Sie mir die Beschreibung dieses Festes, welches nicht bloß der Regen frostig gemacht hätte, trotz aller Feuerwerke.

Dafür theile ich Ihnen einen Bericht der „Gazette des Tribunaux“ mit, welcher interessante Aufschlüsse über die „Bulletin-Angelegenheit“ giebt. — Man weiß — heißt es darin — daß nach Veröffentlichung des unter der Bezeichnung „Rebutes Bulletin“ bekannten Manifestes, worin die Worte vorkommen: „Entsprecht dem Widerstande durch Eisen, Blei und Feuer“ — „La Presse“ ein anderes jehntes Bulletin veröffentlichte, welches, wie man sagte, das echte Siegel des Widerstand-Komitees trug; sodann ein drittes, worin die Worte vorkommen: „Sei Jeder bereit, die Blinde in der Hand u. s. w.“

Die Untersuchung wird ergeben, ob mehrere Komitees existiren, oder es sich nur um ein Central-Komitee handelt, welches in verschiedene Unter-Komitees zerfällt. Sei dem auch wie ihm wolle, so dürfte sich jedenfalls aus den abgefaßten Papieren ergeben, daß das Schicksal, welches sich als erstes Bulletin bezeichnete und dieser Tage in der Rue Cadet mit Beschlag belegt wurde, erst das vierte aus einer bestimmten Verbindung hervorgegangene Manifest war, und daß es nur deshalb als erstes bezeichnet wurde, weil es sich anschloß sollte an die Veröffentlichungen der „Union des Communes“, deren Mitglieder im letzten Januar-Monat verhaftet wurden.

Damals nahm man ein achttes Bulletin des Widerstands-Komitees an. Ein Dresdener Correspondent des „Lloyd“ sieht in der nachmaligen Zusammenkunft des österreichischen und preussischen Minister-Präsidenten ein günstiges Omen dafür, daß die hiesigen Konferenzen doch noch einen günstigen Ausgang haben werden. Namentlich würde die erste und zweite Kommission mit einer Anzahl zu Stande gekommener, wichtiger, organisatorischer Arbeiten abschließen und diese würden allerdings auch einer nachmaligen Vorlage bei der Bundes-Versammlung unterliegen, nicht aber einer nachmaligen Beratung. Dieses Zugeständnis habe man in Berlin erlangt.

mitte's in Beschlag, welches mit folgendem Programm versehen war: 1) Wir wollen die Volks-Souveränität, das allgemeine Stimmrecht in seiner ganzen Ausdehnung; wir wollen, daß alle Franzosen, welche ihr zwanzigstes Jahr erreicht haben, Wähler sind, Nationalgardisten und Geschworene, ausgenommen die Geisteskranken, Verbrecher und Missethäter. 2) Die National-Versammlung soll alle Jahre neu gewählt werden und jeder seinem Mandat ungetreue Repräsentant soll durch Majoritätsbeschluß seiner Wähler abberufen sein. 3) Es soll nur eine Gewalt sein, die des Volks, ausgeübt durch dessen Repräsentanten; die Exekutivgewalt mit ihrem monarchischen Vorrecht soll für immer abgeschafft sein und durch eine Exekutivbehörde ersetzt werden, welche aller gouvernementalen Initiative entbehrt, von der National-Versammlung gewählt wird, dieser verantwortlich bleibt und von ihr ersetzt werden kann. 4) Das Mandat der Repräsentanten ist spezifischer Natur und über kein Gesetz darf abgestimmt werden ohne vorläufige Besprechung durch die Wahlkörperschaften. 5) Wir verlangen Verfallungsrecht und Permanenz der Wahlkörperschaften. 6) Unbedingte Freiheit der Presse, deren Verantwortlichkeit nur auf die Fälle der Diffamation, Lüge und Verleumdung beschränkt wird. 7) Die öffentlichen Beamten werden, mit Ausnahme der Minister, vom Volke erwählt und zwar aus der Mitte der Vermögenslosen. 8) Die Besoldung der Repräsentanten, der Minister, des hohen Klerus und der Beamten überhaupt werden mit der Arbeit in ein vernünftiges Verhältniß gebracht. 9) Die Eigenschaft eines Repräsentanten ist unvererblich mit jedem andern Amt, selbst dem eines Ministers; ebenso darf eine Cumulirung besoldeter Aemter nicht stattfinden. 10) Wir verlangen die Abschaffung der Rente und jedes Selbstzwecks. 11) Progressive Kapitalsteuer. 12) Unentgeltliche Rechtspflege. 13) Bei allen Korporationen werden Geschworene eingeführt. 14) Alle Verzehrsgegenstände und Mieten unterliegen einem durch Geschworene zu bestimmenden Maximal-Preis; jede Arbeit einem Minimum. 15) Wir verlangen Abschaffung der Conscriptio, der Militärdienst soll wie jedes andere ein freies Gewerbe sein. 16) Wir verlangen das Recht auf Arbeit für alle Mitglieder des gesellschaftlichen Vereins. 17) Unentgeltlicher Unterricht. 18) Der Staat muß jedem Arbeiter einen Kredit eröffnen, damit er sein Gewerbe ausüben könne. 19) Wir verlangen Asylhäuser für die Kinder, unentgeltliche Apotheken in allen Kommunen der Republik; Krankenhäuser für die Kranken und Zufluchtsstätten für Alte und Schwache in allen Kantons. 20) Wir verlangen eine vernünftige Solidarität, wonach das Unglück, welches den Einzelnen trifft, von Allen nach Verhältnis getragen werde. 21) Der Staat muß durch eine Maßregel der sozialen Ökonomie in Besitz alles Grundbesitzes und Bodens treten. 22) Die öffentliche Schuld muß durch die Wähler der gestürzten Monarchie getilgt werden. 23) Nationalabkündigung für den Fortschritt und das Verdienst und einen Schabenertrag aus dem Vermögen derjenigen, welche Frankreich bisher regiert und verachtet haben. 24) Daraus resultierende Summe soll unter die Opfer der Monarchie und Reaktion vertheilt werden. 25) Wir wollen die Abschaffung der Todesstrafe. 26) Das künftige Zeichen der Republik soll die rothe Fahne sein.

Dies wäre dann das Programm der Demo-Soc's vom reinen Wasser oder reinen Blute! Wie gesagt erklären sich vorläufig alle Republikaner gegen diese Manifeste, und sogar von der Kompromittirung der Herren Greppo und Miot ist keine Rede mehr. Die darüber in Umlauf gebrachten Gerüchte waren durchaus ungegründet. — Ob und welche Wichtigkeit die ganze Sache überhaupt hat, dürfte sich wohl erst nach Ausgang der Untersuchung ergeben. Vorläufig ist das Wichtigste dabei, daß durch Veröffentlichung jener famosen Bulletins die Fäden der Intrigue in das Lager der Demokratie geworfen worden ist, welche daher zu einem unbeherrschbaren Haß gegen Girardin aufgeblasen wird. Der Bohn macht blind, und man ist thöricht genug, den ersten Publizisten Frankreichs nicht viel besser, denn als einen Polizei-Spion zu traktiren.

Im Uebrigen soll auch in der legitimistischen Partei eine sehr bedeutende Spaltung eingetreten sein. Die Herren Berryer und General St. Priest, das heißt die Häupter der moderirten Fraktion hätten sich wegen der Frage über die Verlängerung der Präsidientengewalt vollständig überworfen.

Man versichert, daß bei einem geheimen Zusammenkunft der hervorragenden Parteimänner Berryer sich entschieden zu Gunsten der Verlängerung ausgesprochen habe, während General Saint Priest gerade die entgegengesetzte Ansicht verfocht. Wir wollen sehen, ob die Nachricht sich bestätigt, welche für den Fall, daß die Revisionsfrage in die Kammer gebracht würde, von großer Bedeutung wäre, da sie das Stimmverhältniß gewaltig ändern müßte. Jetzt rechnen die Elsyer auf 400—420 Stimmen für und auf 300—320 Stimmen gegen die Revision. Diese Majorität scheint ihnen bedeutend genug, um damit Alles was sie können, was sie — nicht wagen werden. Die Changanier-Peripetie'sche Geschichte spielt auch noch fort. Berryer möchte seine Ungeheuerlichkeit mindestens aus einer arglistigen Täuschung erklären, deren Opfer er geworden. Er will nämlich eine Anzahl Briefe veröffentlichten, aus denen sich ergeben soll, daß er durch Unterjüngern der entschiedenen und vertrauten Freunde Changaniers verleitet worden sei, jenes Rendezvous nachzufuchen und sich dabei der Sprache zu bedienen, welche er geführt.

Mit dem neuen Staatsrath will man auch immer noch nicht fertig werden. Heute scheint es aber, als ob alle Fraktionen der Majorität sich über Herrn Caussin de Perceval verständigen wollten, da sowohl der legitimistische, wie der orleanistische Kandidat Verzicht leisten würde.

Wie man versichert, wird der Moniteur in diesen Tagen den Namen des Nachfolgers des Generals d'Hautpoul als Generalgouverneur von Algerien bringen. Der Ministerath soll sich über die Nothwendigkeit seiner Absetzung verständigt haben. Wie man hört, hätte General Dudinot die meisten Aussicht. General d'Hautpoul ist übrigens von seiner Inspektionsreise zurückgekehrt und befindet sich in Algier. Er zweifelt nicht an seiner Abberufung und trifft bereits alle Vorbereitungen zur Abreise. Er hat bereits den General Pelissier, den Kommandanten von Dam. dorthin berufen, um ihm ad interim die Gewalt zu übergeben.

Der Minister des Innern hat das bonapartistische Banquet, welches den 5. Mai in Batignolles stattfinden sollte, unterjagt, um der agitatorischen Thätigkeit nicht neue Kraft zuzuließen zu lassen.

Großbritannien.

London, 3. Mai. [Für die ungarischen Flüchtlinge.] In der gestrigen Sitzung des Gemeinderaths der City kam der Antrag vor, eine Adresse an Lord Palmerston zu richten, mit dem Ersuchen, daß er sich bei der hohen Pforte energisch um die Freilassung Kossuth's und seiner Mitgefangenen verwalde. Hr. Glyn, der Antragsteller, bat jedoch um die Erlaubnis, seine Motion zu verschieben, indem die Nachricht angelange sei, daß der „hochgeehrte Mann“ sich in diesem Augenblick wahrscheinlich schon in Freiheit befinde, und daß seine Ankunft in London täglich erwartet werde. (?) Die Motion wurde demnach verschoben, und der Lord-Mayor erklärte: „Vielleicht werde ich die Ehre haben, nächsten diesen ausgezeichneten Mann nebst andern erlauchten Fremdlingen in Mansion House zu bewirtheten.“

„Daily News“ theilt folgendes Schreiben mit, das den Gesandten von England, Amerika, Frankreich und Sardinien in Konstantinopel zugekommen ist: „Wir erfüllen eine heilige Pflicht, indem wir eine Reihe von Thatfachen, die Ew. Excellenz Aufmerksamkeit erheischen, zu Ihrer Kenntniß bringen.

Seit einiger Zeit haben sich in mehreren Städten des osmanischen Reichs Gerüchte von vorgefallenen Vergiftungen verbreitet. Man erwähnt sogar eine unbegreifliche Menge von Todesfällen, die in Smyrna und Semid vorgefallen sein sollen. Dieses Gerüchte wird jetzt unglücklicherweise durch unbestätigte Thatfachen bestätigt, die in Kütahia vorkamen. Am 27. März starben zwei hochachtbare Männer, ein Kaufmann und ein Arzt, nach dem Genuß von verzecktem Kaimak; der Zucker und die Ueberreste des Kaimak erwiesen sich mit Arsenik gemischt. Am 28. desselben Monats starben plötzlich mehrere Türken, nach dem sie ihren Kaffee getrunken. Einige Kinder schwanden, ohne anscheinende Ursache, mehrere Tage lang zwischen Tod und Leben. Sind diese Unfälle durch die Nachlässigkeit der Speisereichthümer verursacht, welche jedem Kunden Zucker, Pfeffer, Arsenik, Salz, Opium und Kaffee verkaufen und bei allen Waaren denselben Löffel und dieselbe Waagschale gebrauchen? Die Bevölkerung von Kütahia erklärt, daß Alles vergiftet ist, daß die öffentliche Sicherheit auf dem Spiele steht, daß es ein Mandat gegen heimliche Feinde ist. Die Agenten der Regierung haben alle Kramläden geschlossen. Wir loben diese Vorkehrung und die ergreifenden Maßnahmen, aber dies sind traurige Wahrheiten für uns. Wir müssen fortwährend für das Leben unserer Brüder zittern. Erst ihrer Freiheit beraubt, nimmt man ihnen jetzt auch die ersten Lebensbedürfnisse. Leben unter solchen Bedingungen ist eine furchtbare Ironie. Wir begen die Zuversicht, daß Ew. Excellenz bei der hohen Pforte einschreiten wird, um einem für unsere Brüder so gefährlichen Zustande ein Ende zu machen und verbleiben in tiefster Achtung u. s. w. Für das ungarische Komitee L. Bay. Konstantinopel, 12. April 1851.“

Osmantisches Reich.

[Die Flüchtlinge-Angelegenheit.] Aus Pera, 24ten April, schreibt man der „Presb. Ztg.“: Endlich hat der Minister Rath stattgefunden, welcher das Schicksal der Flüchtlinge für die nächste Zukunft entscheidet. In Folge dessen gab die Pforte die Erklärung ab, daß sie die Verpflichtung übernehme, Kossuth, seine Gattin, den Grafen Batthyany, Nikolaus und Moriz Perczy, Aschbach, Spurman, Luley und Wislitzky auch ferner in Haft zu halten und deren Schicksal von späteren Unterhandlungen mit Oesterreich abhängig mache. Um die Freilassung der Uebrigen zu bewerkstelligen, wird sich ein Beamter der Internuntiat, wie es heißt, Herr v. Eder, nächste Woche nach Kütahia begeben und ihre Uebergabe an den türkischen Kommissar überwachen; dieselben werden hierauf nach Gemlik auf ein türkisches Schiff gebracht, welches sie in den Dardanellen an ein amerikanisches oder englisches Kriegsschiff übergeben wird. Zu gleicher Zeit werden jene Flüchtlinge, deren Ausweisung Herr v. Kézler verlangt hat, und wozu unter besonders Dobocai und Bay hervorgehoben sind, von hier ausgewiesen. — Oesterreich hat also so ziemlich alle seine Begehren durchgesetzt; weniger zufrieden soll der russische Gesandte mit den Ergebnissen des Ministerathes sein, da über die Ausweisung Gaisowsk's, die er verlangt hatte, noch immer kein Fortschreiten zu erzielen war. Eine sonderbare Ironie des Schicksals ist es, daß auch General Lupick, der warme Beschützer und Gatte der Flüchtlinge, seinerseits im Auftrage seiner Regierung die Ausweisung des Franzosen Gancel verlangen mußte; derselbe kam von Genf hierher, um die hiesigen Flüchtlinge in den großen demokratischen Völkerbund aufzunehmen.

Provincial-Beitung.

Breslau, 7. Mai. [Technische Sektion der Schlesischen Gesellschaft etc.] Herr Dr. Schwarz theilte Notizen über den von ihm in letzter Zeit vielfach benutzten papinischen Topf mit. Nach einigen einleitenden Worten über den Entdecker, Prof. Papin in Marburg, welcher im 17. Jahrhundert gelebt, erklärte er die Konstruktion des vorliegenden Apparates und zeigte dann einige von ihm in demselben vorgenommenen Umwandlungen, wie aufgelöste Knochen u. s. w.

Herr Direktor Gebauer hielt einen Vortrag über Drahtnägel und lieferte dabei interessante Proben von der Haltbarkeit dieser Nägel. Dieselben sind seit 8 bis 10 Jahren in England, Frankreich, am Rhein und seit einigen Jahren auch hier im Gebrauch. Sie werden aus Draht von erforderlicher Stärke und zwar in folgender Weise angefertigt. Man durchschneidet den Draht so, daß die Länge des abgehackten Stückes ungefähr das Doppelte des anzufertigenden Nagels beträgt und bildet Kopf und Spitze durch Einbildung in ein Klemmfutter, welches dem Draht unten eine spitz zulaufende Pyramidenform giebt, den oberen Theil dagegen vermittelst eines Hammers zum freiformigen Kopfe breit klopft.

Die so gefertigten unterscheiden sich von andern Nägeln dadurch, daß man dieselben unmittelbar in das Holz einschlagen kann und nicht nöthig hat, ihnen ein Loch vorzubohren. Ferner bieten die Drahtnägeln den Vortheil, daß sie das Holz nicht sprengen, sondern die Holzfasern ohne Schwierigkeit durchschneiden; endlich setzen sich deren Köpfe sehr leicht in das Holz ein. Gegenwärtig bringen die Wagenfabrianten diese Nägel am meisten in Anwendung. — Der einzige Nachtheil der Drahtnägeln im Vergleich zu andern besteht darin, daß sie bei verschiedenen Holzarten weniger fest sitzen, als Schmiednägel, welche in Folge ihrer rauhen und kantigen Oberfläche größeren Widerstand zu leisten geeignet sind.

Der Vortragende hatte ein Brett, theils mit geschmiedeten, theils mit runden Drahtnägeln durchschlagen, zur Anstellung von Versuchen in die Versammlung bringen lassen. Beim Herausziehen der Nägel wurde ein eiserner Hebel und Gewichte bis zu 50 Pfund angewendet. Ohne erheblichen Widerstand gaben die Drahtnägeln nach, während die Schmiednägel nicht nur ein bei weitem schwereres Gewicht erforderten, sondern auch nur allmählig herausgeschoben werden konnten.

Breslau, 7. Mai. [Lühowsche Jäger.] Unsere gestrige Angabe, daß Keim der einzige in Breslau noch lebende Lühowsche Jäger sei, wird von der Dberztg. berichtigt. Er sagt: Der Castellan der Schlesischen Feuer-Versicherungs-Gesellschaft Joh. Christian Scaruppe, geb. am 10. Oktober 1786 in Breslau, ist nach der von uns eingeschickten Debre von Lühows (Sr. k. Majestät von Preußen wohlbestalltem Oberst-Lieutenant, Chef eines Korps Freiwilliger etc.) vom 15. Novbr. 1814, auch Einer von der verewigenen Schaar.

Breslau, 6. Mai. [Musik.] Einem uns vorliegenden Programme nach sollen zum Festen der Pfennigkirche in Rosenberg S. S. drei musikalische Unterhaltungen veranstaltet werden. Dieses Programm erweist sich schon auf den ersten Blick als ein durchaus reichhaltiges und wird daher den hoffentlich wohl nicht verfehlen, dem guten Unternehmern den wünschenswerthen guten Erfolg zu sichern, um so mehr, als der Abonnementspreis im Verhältnis zu den in Aussicht gestellten Leistungen ein sehr bescheidener ist. In der ersten, den nächsten Sonnabend Nachmittag um 4 Uhr im Musiksaal der Universität stattfindenden Unterhaltung wird u. A. die Singschule der Salzfiedler geboten werden, eine der Werke von Beethoven, das Quintett für Pianoforte und Violoncello von Preußen, das Quintett für Pianoforte und Streichquartett (unter freundlicher Mitwirkung des Concertmeisters Herrn Lühner, des Violoncellisten Herrn Wunck etc.) zu hören, und verdient daher diese Unterhaltung Seiten des gebildeten, kunstsinnigen Publikums schon mehr als gewöhnliche Beachtung.

